

KBfÖ-Newsletter 29

**Antikriegskomitee
Kein Blut für Öl und
Weltherrschaft**

16. Februar 2008

Weltkrieg Todesschüsse

**Konzernmedien attackieren
Bürgermeister, der in seiner Stadt
einen Drill des Militärs für städtische Kriegsführung
verhinderte**



Truppen durften nicht "Krieg in Toledo spielen"

Steve Watson

Infowars.net

Thursday, Feb 14, 2008

Der Bürgermeister von Toledo im US-Bundesstaat Ohio wird von den Massenmedien für seine Entscheidung attackiert, 200 Marines aus seiner Stadt zu beordern bevor jene ein Wochenend-Training für städtische Kriegsführung beginnen konnten. Bürgermeister Carty Finkbeiner verwies die Mitglieder der Company A, 1st Battalion, 24th Marines aus Grand Rapids im Bundesstaat Michigan letzten Freitag aus seiner Stadt, weil er es nicht für eine gute Idee hielt dass uniformierte Soldaten in einem Gebiet mit viel Verkehr ihren Drill abhalten.

Während die Polizei rechtzeitig von den geplanten Übungen in Kenntnis gesetzt worden war, sagte der Bürgermeister gegenüber den Medien dass er selbst erst am Abend vor dem anvisierten Übungsbeginn informiert worden war. [NBC berichtet:](#)

http://infokrieg.tv/buergermeister_verbietet_armedrill_150208.html

Nach diesem Bericht scheint Alex Jones Bericht in

http://infokrieg.tv/usa_truppen_gegen_volk_070208.html

Recht zu haben, dass „US-Truppen gefragt werden, ob sie auf amerikanische Bürger schießen würden“. Wozu hat man sonst Truppen in amerikanischen Städten, wenn nicht zum Schießen? Siehe auch

http://www.youtube.com/results?search_query=urban+warrrior&search_type=

[Daniele Ganser - Historiker und Wahrheitssuche](#)

Hier eine ca. 22minütige Sendung aus dem Schweizer Fernsehen. Gast ist Dr. Daniele Ganser, ein Historiker und Friedensforscher von der Universität Basel. Ganser hat kürzlich das Buch "[Nato-Geheimarmeen in Europa. Inszenierter Terror und verdeckte Kriegsführung](#)" veröffentlicht.

Im Interview spricht er allgemein über Historiker und Wahrheitssuche.

Unbedingt anschauen

<http://www.youtube.com/watch?v=6Kt0EYvo-z0&url=http://politblog.net/nachrichten/2008/02/15/1964-daniele-ganser-historiker-und-wahrheitssuche/>

Kanonenfutter von der SPD/PDS

1.800 Kalorien statt 2.800 sollen nach den Plänen des Berliner Senats für Arbeitslose langen. Sie können ja in den Krieg, da gibt es mehr aus der Gulaschkanone.

<http://de.indymedia.org/2008/02/207624.shtml>

Todesstrafe und Schusswaffe auf Demos in Europa

Uns liegt mehre Emails vor, die von der Todesstrafe im neuen EU-Vertrag reden.

> ACHTUNG !!!

> Aktion "Stoppt den EU-Reformvertrag von Lissabon" läuft auf vollen Touren...

> Mit der Eröffnung einer Webseite bei Myspace, hat die Kampagne zur Verhinderung des geplanten EU-Reformvertrages begonnen. Unter "www.myspace.com/stop_the_lisboa_treaty" werden regelmäßig Passagen des Vertragswerks veröffentlicht. Die dort festgeschriebenen

> Gesetze werden dramatische Konsequenzen für die EU-BürgerInnen haben:

>

> 1. Wiedereinführung der Todesstrafe in den folgenden Fällen:

> a) wenn sich Deutschland im Krieg befindet (so wie derzeit in Afghanistan)

> b) bei drohender Kriegsgefahr (diese besteht immer)

> c) bei Aufständen und zivilem Ungehorsam *

>

> *(wenn die Einsatzleitung der Polizeikräfte zu der Ansicht gelangt, dass es sich nicht mehr um eine Demonstration handelt, sondern um "aufstandsähnliche Zustände", dürfen sowohl Polizei, als auch das Militär von der Schusswaffe Gebrauch machen !!!)

>

> 2. Kooperationsabkommen aller Europäischer Sicherheitskräfte

> Alle Polizei- und Militärkräfte haben in allen Europäischen Ländern uneingeschränkte

> Einsatzbefugnis !!!

>

> 3. Aufrüstungsverpflichtung

> Alle Europäischen Staaten verpflichten sich, unter dem Vorwand der "drohenden Terrorgefahr"

> zur Aufrüstung aller Sicherheitskräfte und Material, nach besten Möglichkeiten! Zukünftig

> werden demnach unsere Steuergelder zu einem noch größeren Teil für Polizei, Militär und

- > deren Ausrüstung aufgewandt!!!
- >
- > 4.) Absenkung des Lebensmittelstandards
- > Um den Osteuropäischen Schwellenländern die Möglichkeit zu geben, ihre minderwertigen
- > Nahrungs- und Genussmittel auf dem Europäischen Markt anzubieten, werden die Standards
- > für selbige drastisch reduziert, zum Nachteil aller VerbraucherInnen!!!
- >
- > 5.) Herkunftslandprinzip
- > Mit der Einführung der EU-Verfassung gilt das so genannte "Herkunftslandprinzip" auch
- > auf dem Deutschen Arbeitsmarkt. Sofern eine Firma, (beispielsweise in der Ukraine)
- > ihren Firmensitz hat, dann ist die Zahlung des Arbeitslohnes nach dem Durchschnitt
- > des Lohnes im Herkunftsland für in Deutschland beschäftigten ArbeitnehmerInnen
- > legitimiert. (Der Durchschnittliche Stundenlohn einer ArbeitnehmerIn in der Ukraine
- > beträgt derzeit 0,75 €; !!!) Was das für Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt, gerade in
- > Bezug auf die "Mindestlohn"-Debatte, kann sich jede (-r) selbst ausmalen...
- >
- > 6.) Grundgesetz der Bundesrepublik wird weitgehendst ausser Kraft gesetzt
- > Nach der Einführung des EU-Vertrages werden die meisten Gesetzesvorschriften vom
- > Europäischen Gerichtshof verabschiedet und auch dort entschieden. BürgerInnen der
- > Bundesrepublik Deutschland können sich dann nicht mehr auf das Grundgesetz
- > berufen, sondern müssen vor dem Europäischen Gerichtshof klagen. Die bedeutet
- > einen fast unerschwinglichen finanziellen Aufwand, den sich die "DurchschnittsbürgerIn"
- > nicht leisten kann. Hinzu kommt die Prozessdauer, die sich auf Zeiträume von 8-12
- > Jahren erstrecken.
- >
- > 7. Willkürliche Änderungen der EU-Verfassung
- > Änderungen der EU-Verfassung können jederzeit durch die Mehrheit der Staatschefs
- > der EU herbeigeführt werden. Die demokratischen Staatsorgane der Bundesrepublik
- > (Bundestag, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht) sind von einer Mitwirkung an den
- > Änderungen vollkommen ausgeschlossen!!!
- >
- > Wenn Sie diese Veränderungen nicht hinnehmen wollen, müssen Sie sich jetzt an unseren
- > Aktionen beteiligen. Wir fordern ein Europaweites Referendum, in dem alle BürgerInnen der
- > Europäischen Staaten befragt werden, ob sie dem geplanten EU-Reformvertrag von Lissabon
- > zustimmen möchten. Die Kanzlerin Frau Dr. Angela Merkel weist zwar permanent darauf hin,
- > dass ein Referendum in Deutschland gesetzlich nicht "vorgesehen" sei, jedoch bedeutet das
- > nicht, dass man es nicht verwirklichen kann. Wenn eine Handvoll PolitikerInnen über mehrere
- > Millionen Menschen in Europa existenzielle Entscheidungen treffen, so sehen wir es als eine
- > demokratische Pflicht an, die Betroffenen hierüber zu befragen und abstimmen zu lassen.
- > Bedenken Sie bitte, dass Eile geboten ist. Schon zum 01.01.2009 soll der geplante Vertrag
- > verabschiedet werden. Danach gibt es kein "zurück" mehr!!!
- >
- > Handeln Sie jetzt! Informieren Sie Ihre FreundInnen, Verwandten, Bekannten und vor allem
- > die desinformierte Öffentlichkeit. Vernetzen Sie sich europaweit mit Aktionspartnern. Werden Sie
- > aktiv. Weitere Informationen gebe ich Ihnen gerne per Mail (Citizenking@freenet.de)
- > Im Zusammenhang mit dem geplanten EU-Vertrag empfehle ich Ihnen einen Filmbeitrag von
- > 45 Minuten und 21 Sekunden, der die Pläne der PolitikerInnen in Gänze offenbart.
- > Das Video hat den Titel "Zeitgeist 3" und ist in deutscher Sprache synchronisiert.
- > Schauen Sie sich dieses Video in voller Länge an (...da der Anfang etwas "langweilig" wirkt).
- > Vermeiden Sie Störungen und Unterbrechungen in dieser Zeit, damit Sie die Zusammenhänge
- > chronologisch nachvollziehen können. Kopieren Sie hierzu den folgenden Link in die
- > Adresszeile Ihres Browsers (Internet-Explorer / Firefox etc.):
- >
- > <http://video.google.com/videoplay?docid=-5352246495880531634>
- >
- > Dieses Video wird Sie über die Vorhaben der "hinter den PolitikerInnen stehenden Personen"
- > aufklären und darüber, wie die Weltordnung zukünftig geschaffen werden soll!!!
- >
- > Danke für Ihre Aufmerksamkeit, Ihre Unterstützung und Solidarität...
- > Europa den BürgerInnen - stoppen Sie unsere Entrechtung durch die PolitikerInnen !!!

Hallo liebe MitstreiterInnen und UnterstützerInnen!

Hier nun eine Zusammenfassung von wichtigen Details in Deutsch. Wenn der EU-Reformvertrag durchkommt wird das dramatische Konsequenzen für die EU-BürgerInnen haben:

1. Wiedereinführung der Todesstrafe in den folgenden Fällen:

a) wenn sich Deutschland im Krieg befindet (so wie derzeit in Afghanistan)

b) bei drohender Kriegsgefahr (diese besteht immer)

c) bei Aufständen und zivilem Ungehorsam *

weiter

http://www.myspace.com/stop_the_lisboa_treaty

Hallo -

Betr.: "EU Vertrag"

Hier kann der Vertragstext kostenlos herunter geladen werden [nur die Grundlage]:

<http://www.file-upload.net/download-560725/eu-vertrag.pdf.html>

bei den EU-Orgs-online kostet der Vertragsdownload **42 Euro**, wie ich heraus fand; das ist echt demokratisch und gaanz toll, denn warum sollten sich Buerger auch kostenlos über die Arbeit von Politikern informieren koennen, die sie sowieso schon mit ihren Steuergeldern bezahlen?!

Petition für Volksabstimmung über den Vertrag, der die Todesstrafe und die Entmachtung unserer Verfassungsorgane einfuehren soll und einen Polizeistaat errichtet, hier online unterzeichnen:

<http://x09.eu/de/sign/>

* * * * *

Hier die Betreiber der Petition online sichtbar:

<http://x09.eu/de/contact/>

Deutschland

Dr. Michael Efler
c/o Mehr Demokratie e.V.
Greifswalder Strasse 4 - 10405 Berlin

Oesterreich

Dr. Hans-Peter Martin
Unabhängiges Mitglied des Europäischen Parlaments
Böcklinstrasse 90
A-1020 Wien
Telefon: +43 664 201 80 37

Was in dem Vertrag geplant ist, erfuehlt alle Wuensche von Diktatoren;

das Grundgesetz der BRD waere faktisch abgeschafft;

ein totalitaerer Super-Staat, in dem eine noch kleinere Gruppe Menschen, als es bei den Nationalsozialisten Hitler' s der Fall war, ueber das Schicksal der ca. 400 Millionen Europaeer bestimmt - naemlich allein die "EU - Kommission", das sind die Regierungschefs der 27 EU-Staaten;

diese Regierungschefs stehen im Verdacht, allein die Interessen der Großindustrie zu unterstuetzen und die der Bilderberger-Gruppe; bestehend aus der "Internationalen Finanzelite".

http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=1317&lang=en&mode=g

Finanzkrise

% PREISSTEIGERUNG, UND DIE LÖHNE?

von Norbert Nette , 15.02.2008 - bisherige Aufrufe: 60

Bevor der Verdi-Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes abgeschlossen ist, ist die Tarifierhöhung schon aus Deinem Geldbeutel entwendet worden. Als Taschenspielertrickser tritt wie immer das große Kapital auf, assistiert von der Gewerkschaftsbürokratie. Wie das, die hat doch tolle 8% gefordert, also, sie will sogar die Reallohnverluste der Vergangenheit wieder wettmachen, denkt man. 8% langt aber nicht mal mehr für die Preissteigerung. Die Großhandelspreise allein für die Lebensmittel sind im Januar bereits um 6% gestiegen, Getreide gar um 50%.

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,535000,00.html>

im Oktober 2007 dagegen stiegen die Großhandelspreise noch nur um 4,7%. Nur kann man jetzt schon bei 6%, am Jahresende werden wir auch von 6% nur noch träumen können.

http://www.linkezeitung.de/cms/index.php?option=com_content&task=view&id=3727&Itemid=147

Die Kreditkrise wird alleine schon für weitere Preissteigerung sorgen, aber auch die andauernden Kriege und die Ungleichgewichte der Weltwirtschaft. Die Kreditkrise hat schon ganz gehörig die Sachsen-LB, die IKB und die West-LB gebeutelt, aber auch die Postbank, die BWLB, die BLB und auch die Großen. Von der Bayrischen Landesbank spricht man ja, dass sie noch 30 Milliarden fauler Kredite abzuschreiben hätte, die West-LB noch 25 Milliarden, das wird die West-LB zerreißen, wie mühsam hat Land, Bund, Sparkasse und Banken um die bisherigen 1,5 Milliarden geschachert. Die Sparkassen haben schon abgelehnt, die Banken winden sich nur die 0,5 Milliarden zu übernehmen, haben sie doch alle selber noch faule Papiere im Keller. Auf 4 Billionen werden die faulen Kredite weltweit noch geschätzt. Wenn eine Bank fällt, wird das wie ein Dominoeffekt die anderen mit in den Untergang reißen. Deshalb bietet Steinbrück der West-LB 1 Milliarde an und hat der IKB von Deinen Steuergeldern 1 Milliarde in den Rachen geschmissen. Kassenwart Steinbrück sagt mit zusammengebissenen Zähnen „Für die restlichen 200 Mio. Euro wird es eine Lösung geben, die im Zweifelsfall im laufenden Haushalt eingesammelt werden muss". Warum kann er nicht die Zähne für die Armutskinder oder die Pendler zusammenbeißen?

<http://www.ftd.de/politik/deutschland/:Steinbrück%20IKB%20Geld/318160.html>



Die Federal hat jetzt dem Markt eine weitere Leitzinssenkung auf 3,5% verordnet. Das treibt zwar den Markt an, da das Kapital leichter investieren kann und

Weiter

http://www.linkezeitung.de/cms/index.php?option=com_content&task=view&id=4144&Itemid=90

Euer KBfÖ-Newsletterteam